

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 30/3 (2003)

DOI: 10.11588/fr.2003.3.63778

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Ilde Gorguet untersucht die beiden repräsentativen Strömungen der Friedensbewegung nach 1919, die christliche und die humanistische Richtung. Die laizistischen und humanistischen Gruppierungen schlossen sich in der »Ligue des Droits de l'Homme«, dem »Bund Neues Vaterland« und der »Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit« zusammen, die häufig auf Vereine aus der Zeit vor 1914 zurückgingen. Auf katholischer Seite war besonders Marc Sangniers »Internationale Démocratique« in der Zielsetzung einer Aussöhnung mit Deutschland von Bedeutung und bei den Protestanten die »Alliance universelle pour l'amitié internationale«.

Die Autorin stellt in drei Hauptkapiteln, die chronologisch gegliedert einen Schwerpunkt auf den beiden Phasen der Jahre 1919 bis 1923 und 1924 bis 1926 setzen, dann die Jahre 1926 bis 1931 als »Ende einer Hoffnung« beschreiben, und schließlich in einem vierten Kapitel, das die Gründe des Scheiterns reflektiert, die internen und externen Gründe für die Fehlschläge der pazifistischen Bemühungen dar. Außer den starken ideellen und organisatorischen Barrieren, die eine Einigung oder nur Koordinierung zwischen den christlichen und den humanistisch-laizistischen Gruppierungen erschwerten, waren es vor allem die nationalistischen Schranken und Orientierungsmuster, die in der Weimarer Republik unter dem Komplex der Revision der Versailler Bestimmungen noch deutlicher ausgeprägt waren als in Frankreich.

Trotzdem konnte nach 1924 für kurze Zeit auch in den Regierungen und in der exportorientierten Großindustrie beiderseits des Rheins der Gedanke eines »realistischen Pazifismus« Fuß fassen, der deutlich macht, daß es kurzfristig bereits zwischen den Weltkriegen wichtige Ansätze einer friedlichen Regelung nicht nur in der europäischen Idee, sondern auch im Erreichen nationaler Sicherheitsinteressen und wirtschaftlicher Ziele gab. Allerdings begibt sich die Autorin nicht auf dieses Terrain gouvernementaler und wirtschaftlicher internationaler Friedenssicherung. Statt dessen leuchtet sie gründlich das oft elitäre, theoretisch geleitete und kontroverse Innenleben der pazifistischen Organisationen und die Defizite ihrer internationalen Begegnungen aus.

Gründe für deren Scheitern sieht sie vor allem im mangelnden demokratischen und republikanischen Bewußtsein der Weimarer Republik, während die französischen Bewegungen gerade bewußt auf diesen Anschauungen fußten. Zudem kamen seit 1927 Spaltungen in der Bewegung mit der zunehmenden Radikalisierung eines Teils des organisierten Pazifismus durch die Kommunisten – gerade auch in einem Deutschland, das aus unterschiedlichen Motivationen nicht die Bindungen zur stalinistischen Sowjetunion zugunsten einer friedlichen Abstimmung mit den westlichen Staaten aufgeben wollte.

Ilde Gorguets Darstellung bietet nicht zuletzt dank eines Personenregisters und einer knappen Bibliographie einen zuverlässigen und verständlich geschriebenen Überblick über die wichtigsten Personen und Organisationen der auf deutsch-französische Versöhnung bauenden gemäßigten Friedensbewegungen humanistischer und christlicher Richtung in beiden Ländern zwischen 1919 und 1931.

Guido MÜLLER, Ludwigsburg

Ernst JÜNGER, Politische Publizistik, 1919 bis 1933, herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort von Sven Olaf BERGGÖTZ, Stuttgart (Klett-Cotta) 2001, 898 S.

Seit langem schon hat die Forschung auf einen Band mit den politischen Schriften Ernst Jüngers gewartet. Doch der Autor selbst wußte zu seinen Lebzeiten ihre Aufnahme in die neunzehnbändige Werkausgabe zu verhindern. Drei Jahre nach Jüngers Tod ist nun eine Edition mit seiner politischen Publizistik aus der Zeit der Weimarer Republik und der ersten Monate des nationalsozialistischen Regimes erschienen. Somit liegen die sehr verstreuten und schwer zugänglichen Artikel Jüngers erstmals gesammelt vor, gleichwohl

nicht als Teil der Werkausgabe, sondern als Einzelband. Der Herausgeber, Sven Olaf Berggötz, wissenschaftlicher Referent der Herbert-Quandt-Stiftung, hat solide Arbeit geleistet. Sein mehr als 160 Seiten umfassender Kommentar ist ein hervorragendes Beispiel für gründliche, gewissenhaft betriebene Recherche und übersichtliche Präsentation. Die Texte sind chronologisch angeordnet, und verschiedene Indizes, insbesondere ein Personenregister, erleichtern den Zugriff.

Jüngers erste Artikel entstanden direkt nach dem Krieg und behandeln vornehmlich militärstrategische Themen; ihren Höhepunkt erreichte seine publizistische Tätigkeit allerdings erst in den Jahren 1925 bis 1929, nach seinem Austritt aus der Reichswehr und dem Abbruch seines Zoologiestudiums. Als Zivilist war Jünger nicht mehr zu politischer Zurückhaltung verpflichtet, und durch seinen Erfolg mit dem Bericht seiner Fronterlebnisse »In Stahlgewittern« fühlte er sich wohl auch in seiner Berufung als Schriftsteller bestärkt. In diesen Jahren verfaßte Jünger eine Reihe von Beiträgen für Zeitschriften der nationalen Rechten und der Konservativen Revolution, wie etwa für die »Standarte. Wochenzeitschrift des neuen Nationalismus« oder für den »Arminius. Kampfschrift für deutsche Nationalisten«. Mit Ausnahme der »Standarte«, solange sie als Beilage des »Stahlhelms« geführt wurde, waren diese Blätter ziemlich obskur, und Jünger erreichte mit ihnen nur einen sehr begrenzten Leserkreis.

In seinem Nachwort unterzieht Berggötz die Publizistik Jüngers einer sehr ausgewogenen Analyse. Dabei lenkt er die Aufmerksamkeit auf die beiden großen Debatten um Jüngers politische Anschauungen: seine Haltung zu den Nationalsozialisten und seine Einstellung gegenüber den Juden. Zu Beginn der zwanziger Jahre verband Jünger, wie ein Artikel im »Völkischen Beobachter« belegt, seine Hoffnungen auf eine Revolution mit der Bewegung Hitlers, was sich auch dann nicht änderte, als der Münchner Putsch von 1923 scheiterte. Diese Revolution sollte ein nationales, soziales und autoritäres Regime an die Macht bringen. Einige Jahre später aber kam es bereits zum Bruch. Jünger begann die Nationalsozialisten zu verachten, nachdem für ihn offensichtlich geworden war, daß sie bei ihrer Revolution auf legale Mittel setzten; er jedoch wollte außerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens der Weimarer Republik agieren und befürwortete auch Gewalt. Zudem hatte die NSDAP aus seiner Sicht die Ideen der nationalen Revolution verraten: Statt auf die Elite zu vertrauen, buhlte sie, wie er glaubte, um die Unterstützung der Massen und verschrieb sich zudem ganz dem Ziel der Machtübernahme. Obwohl Jünger auch den rassistisch motivierten Judenhaß der Nationalsozialisten kritisierte, war er nicht frei von einer antisemitischen Grundhaltung. Im Juden sah Jünger nämlich den typischen Vertreter des liberalen und demokratischen Denkens, mithin einer geistigen Strömung, die er zutiefst verabscheute.

Es ist bemerkenswert, daß Jüngers Ansichten sich in vielen Punkten mit denen der französischen Nonkonformisten deckten. Tatsächlich wandten sich diese, ebenso wie Jünger, gegen den Kommunismus und den Kapitalismus, gegen das Bürgertum, den Materialismus und die parlamentarische Demokratie. Insofern kann man wohl Jünger als einen der Vertreter der Konservativen Revolution in Deutschland mit den verschiedenen Gruppen der Nonkonformisten im Frankreich der dreißiger Jahre vergleichen. Schließlich verfolgten beide das Ziel einer geistigen Revolution. Vielleicht könnte so auch die These Zeev Sternhells, nach der die Nonkonformisten als Anhänger eines »spiritualistischen Faschismus« zu gelten hätten, noch einmal überprüft werden. Ein solcher Vergleich müßte freilich auch die Unterschiede deutlich machen. Anders als die Nonkonformisten war Jünger zum Beispiel in vielerlei Hinsicht sehr radikal. Nicht ohne Grund trägt die Monographie von Hans-Peter Schwarz über Jüngers Politikverständnis den Titel »Der konservative Anarchist«.

Berggötz seinerseits begreift Jünger als einen »zornigen, jungen Wilden« und stellt ihn neben Schiller oder Peter Handke in ihren frühen Jahren. Im Grunde, so meint er, sei Jünger ein unpolitischer Mensch, weit vertrauter mit dem utopischen als dem realpolitischen Denken. Für eine solche Interpretation spricht vieles. Daneben hat aber auch die Erfahrung des

Ersten Weltkriegs Jüngers Überzeugungen geprägt. Deshalb kann es nicht überraschen, daß der Krieg in all seinen Ausformungen im Mittelpunkt seines Denken steht – ganz im Unterschied zu den französischen Nonkonformisten, die allerdings auch einer späteren Generation angehören und so dem Krieg entkamen.

Das besondere Verdienst von Berggötz ist es, Jüngers politische Publizistik zugänglich gemacht zu haben. Zu wünschen wäre freilich auch deren Übersetzung ins Französische, denn gerade in Frankreich genießt Jüngers literarisches Werk beachtliches Ansehen. Zudem ist dort auch die Person Jüngers keineswegs so umstritten wie in Deutschland. Weil Jünger sich während der Besatzungszeit sehr um den Erhalt französischen Kulturguts bemüht hatte, betrachtet man ihn vielmehr als Inbild eines guten deutschen Offiziers. Bekannt ist außerdem seine lebenslange Liebe zur französischen Literatur, insbesondere zu Rimbaud, Baudelaire und Barrès. Dagegen haben der Jünger der zwanziger Jahre und seine damaligen politischen Äußerungen noch so gut wie kein Echo gefunden. Im Falle einer Übersetzung des nun vorliegenden Bandes würde somit die französische Rezeption des Schriftstellers um die des politischen Publizisten ergänzt werden. Das könnte dann auch in Frankreich eine Lücke schließen.

Markus BODLER, Bonn

Daniel MÜLLER-HOFSTEDE, *Aristide Briand und der französische Sozialismus. Die Frühzeit des Politikers 1883–1906*, Münster (Lit-Verlag) 1996, 261 S.

Briand begann seine politische Karriere 1884 als Jurastudent in Paris mit Beiträgen für die kleine Zeitung »*Démocratie de l'Ouest*« seines Heimatortes Saint-Nazaire, die er bald als Chefredakteur weitgehend prägte. Hinzu kamen erste Kontakte zu den republikanischen »Radikalen«. Während seiner folgenden Anwaltstätigkeit in Saint-Nazaire engagierte er sich im linksrepublikanischen Parteispektrum, das er 1892 verließ, um sich wie sein Freund und politischer Weggefährte, der spätere Syndikalist Fernand Pelloutier, der neu aufgelebten Gewerkschaftsbewegung anzuschließen – ein Seitenwechsel, für den vielleicht eine Ehebruchsaffäre und der damit verbundene Skandal den Anlaß gaben. Briand machte sich schnell einen Namen auf nationaler Ebene dank seiner rednerischen Begabung, durch sein vermittelndes Eintreten für den Zusammenschluß der zersplitterten Arbeitervereinigungen sowie als Propagandist des Generalstreikgedankens, der vom Ende der 1880er Jahre bei den französischen Gewerkschaften neue Zugkraft entwickelte. Von etwa 1898 an beteiligte er sich an den Initiativen zur Fusion der zerstrittenen sozialistischen Parteien und faßte als Mitkämpfer und Schützling von Jaurès im reformistischen sozialistischen Flügel Fuß. 1902 wurde er nach drei vergeblichen Kandidaturen zum Parlamentsabgeordneten gewählt und rückte alsbald in die politische Führungsschicht der Republik auf. 1905 wurde ihm erstmals ein Ministeramt angeboten, das er ausschlug. Ein zweites Angebot von 1906 nahm er an. Dies zog seinen Ausschluß aus der geeinten sozialistischen Partei nach sich. Er kandidierte fortan als parteiloser »*Socialiste indépendant*«. Bis zu seinem Tod 1932 blieb er so konstant wie kaum ein anderer Politiker der Dritten Republik an den französischen Regierungen beteiligt.

Die Arbeiten über Briand haben sich bisher auf den zweiten Abschnitt seines politischen Wirkens, auf den Staatsmann und Europapolitiker, konzentriert, bei knapper Einbeziehung der vorangehenden, immerhin fast 20 Jahre dauernden Phase, die als ein mit dem späteren Weg kaum kompatibles Vorspiel erscheint. Das monumentale hagiographische Werk von Georges Suarez deutet sie als eine durch den privaten Skandal ausgelöste linke »Entgleisung«, die für den essentiell bürgerlichen Staatsmann Briand ohne tiefere Bedeutung sei. Auf sozialistischer Seite galt und gilt Briand als Renegat, der sich der Arbeiterbewegung nur für seinen politischen Aufstieg bediente; dementsprechend erfuhr seine Rolle in der Gewerkschafts- und Parteigeschichte von hier aus kaum Beachtung. Quellen über die politi-